

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am
03.12.2009

Tagungsort: Begegnungszentrum Haus Pellahöhe, An der Rehwiese 21
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: keine
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dietrich Kögler (CDU)

CDU

Frau Eva Maria Bacso
Frau Patrizia Wehmeyer
Herr Achim Weigert

SPD

Herr Ottokar Baum
Herr Ole Heimbeck
Frau Barbara Schneider

Anwesend ab 17:18 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Peter Brunnert
Frau Elke Herting
Herr Klaus-Dieter Lichtenberg
Frau Hannelore Pfaff

BfB

Herr Manfred Witte

FDP

Herr Gebhard Spilker

Die Linke

Frau Bernharda Thiel-Youssef

Von der Verwaltung:

Herr Otterbach, Immobilienservicebetrieb

Herr Ellermann, Büro des Rates, Schriftführer

Entschuldigt fehlt:

Frau Gudrun Flegel-Hoffmann

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksvorsteher Kögler begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei. Frau Stude, die sich für heute entschuldigen lasse, werde von Herrn Ellermann vertreten.

Herr Kögler ehrt die frühere Bezirksvorsteherin, Frau Barbara Schneider, für die geleistete Arbeit, spricht ihr Dank und Anerkennung aus und überreicht ein Präsent.

Anschließend erinnert Herr Kögler an die vergangenen Aktionswochen „Alt trifft Jung“, die ohne Frau Domke, Leiterin Begegnungszentrum Pelahöhe, sowie Frau Pfaff und Frau Wehmeyer, Bezirksvertretung Gadderbaum, nicht derart erfolgreich verlaufen wären. Er überreicht Präsente und dankt allen Akteurinnen und Akteuren für die Unterstützung.

Frau Domke begrüßt die Anwesenden und verweist auf die schriftliche Zusammenfassung über die Aktionswochen, die an die Mitglieder der Bezirksvertretung verteilt worden seien. Sie bittet um Unterstützung, Menschen für die Teilnahme an den Angeboten des Begegnungszentrums zu gewinnen.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 1. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 05.11.2009

1. Änderungsvorschlag

Herr Ellermann schlägt vor, auf Seite 5, Punkt 7, 1. Absatz, der Niederschrift die Wörter „Bezirksvertretung Mitte“ durch „Bezirksvertretung Gadderbaum“ zu ersetzen.

2. Erklärung und Antrag von Frau Pfaff

Frau Pfaff verliest anschließend folgende Erklärung zur Niederschrift, Punkt 9: „Geplante Einrichtung einer forensischen Fachambulanz für Haftentlassene“. Sie bittet, die Erklärung dieser Niederschrift beizufügen:

„Die Protokollierung zu Punkt 9 gibt dankenswerter Weise umfassend die

Information von Herrn Dr. Wienberg wieder, zur geplanten Einrichtung einer Forensischen Fachambulanz für Haftentlassene.

Inzwischen liegt die „Konzeption zur ambulanten psychiatrischen Nachsorge Haftentlassener“ vor, an welcher Herr Dr. Wienberg federführend für das Evangelische Krankenhaus Bielefeld/v.B.A. Bethel mitgewirkt hat. Diese Konzeption und die wichtigsten Aussagen von Herrn Dr. Wienberg in der BV am 05.11.2009 stehen in einem großen inhaltlichen Missverhältnis.

1. War oder wird nach erneuter ausstehender Klärung, eine „Forensische Fachambulanz“ geplant?

Das Protokoll gibt richtigerweise wieder, dass Herr Dr. Wienberg betonte, „dass es sich bei dem Projekt nicht um ein forensisches Thema gehandelt habe, denn Forensik bedeute Maßregelvollzug“.

Aber, seit 2007 gibt es die Änderung und Erweiterung des Forensik-Bereiches in Form Forensischer Ambulanzen.

Im Rahmen des neu formulierten § 68a Abs. 7 Strafgesetzbuch können jetzt auch so genannte **Forensische Ambulanzen** bei der Durchführung von Therapieweisungen zur verbesserten Nachsorge Haftentlassener (§ 68b Abs. 2 Satz 2 und 3 StGB) eingebunden werden.

Das Strafgesetzbuch benennt es so wie es ist: Die geplante Fachambulanz ist eine **Forensische** Ambulanz.

In der von Herr Dr. Wienberg mit entwickelten Konzeption wird allein **30-mal** der Fachbegriff „**Forensische** Ambulanz“ benutzt und **3-mal** der Fachbegriff der „**forensischen** Nachsorge“.

Die gesetzliche Erweiterung des bisherigen Forensikbereiches seit 2007 und die vielfältige Verwendung des neuen Fachbegriffes durch Herrn Dr. Wienberg selbst, in der Konzeption zum geplanten Pilotprojekt, stehen **im direkten Widerspruch** zu seiner Aussage, dass es sich nicht um ein forensisches Thema handele.

2. Die Begrifflichkeit zur geplanten Zielgruppe muss trennschärfer in der Diskussion verwandt werden

Die Informationen von Herrn Dr. Wienberg und seine Beantwortung der Fragen der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter zur Zielgruppe für das Pilotprojekt führte zu Irritationen.

Es wurde gesprochen von

- den 70 -80% aller Häftlinge mit psychischen Störungen
- den Endverbüßern, die unter Führungsaufsicht mit Therapieweisung stehen, so wie sie als Zielgruppe des Pilotprojektes vorgesehen sind
- der Gruppe der zur Zeit in Bielefeld lebenden Endverbüßer mit psychischen Störungen ohne Behandlungsaufgabe im Rahmen einer Führungsaufsicht
- und den Menschen aus dem Justizvollzug, mit denen Bethel es schon immer zu tun gehabt hat, z.B. in der Wohnungslosenhilfe, der Psychiatrie, der Suchtkrankenhilfe und der Behindertenhilfe.

Letztlich führten die Vielfalt der Gruppen und die mangelnde Trennschärfe in der Diskussion zu einer Verharmlosung und/oder zur Irritation zum Schluss des Tagesordnungspunktes 9.

Es konnte der Eindruck entstehen, als ob sich die Zielgruppe des Pilotprojektes nicht sehr vom jetzigen Klientel Bethels unterscheidet (siehe

Seite 8 letzter Absatz und folgend Seite 9, Absatz). Dem ist nachweislich nicht so.“

Anschließend stellt Frau Pfaff folgenden **Antrag**, den sie mit der o. g. Erklärung begründet:

Die Tonaufzeichnungen zum Tagesordnungspunkt 9 der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 05.11.2009 sind zwei Jahre aufzubewahren.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 05.11.2009 wird unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen –

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Die Tonaufzeichnungen zum Tagesordnungspunkt 9 der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 05.11.2009 sind zwei Jahre aufzubewahren.

- bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

1. Schriftstücke

Mit der Einladung versandt:

Umweltamt: Broschüre „Aufgaben und Zuständigkeiten im Überblick“

Tischvorlage:

Studie: Grundlagen der Sportentwicklung in Bielefeld (1 Exemplar pro Fraktion bzw. Einzelvertreter von BfB, FDP, Die Linke)

2. Nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung Gadderbaum

Die nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung Gadderbaum finden am Donnerstag, den 14.01.2010 und am 11.02.2010 statt. Die weiteren Ter-

mine werden den Mitgliedern der Bezirksvertretung baldmöglichst mitgeteilt.

3. Bauarbeiten im Eggeweg

Die Stadtwerke Bielefeld teilen mit:

Die Bauarbeiten an den Versorgungsleitungen im Eggeweg sind nahezu abgeschlossen. Restarbeiten finden wetterabhängig bis Ende der ersten Dezemberwoche statt.

4. Geschwindigkeitsüberwachung auf dem OWD

Das Ordnungsamt teilt mit:

Die neue Anlage zur Geschwindigkeitsüberwachung auf dem OWD hat seit dem 12.11.2009 in der ersten Woche der Inbetriebnahme 1.914 Fälle und in der zweiten Woche 1.389 Fälle von Geschwindigkeitsüberschreitungen erfasst.

5. Unfallzahlen Bodelschwinghstraße

Herr Heimbeck teilt mit:

Auf Nachfrage beim Amt für Verkehr wurden folgende polizeiliche Unfallzahlen für die Bodelschwinghstraße mitgeteilt:

Jahr	Kat. 3 leichtverletzte Person	Kat. 2 schwerverletzte Person	Kat. 1 getötete Person
2006	4	2	0
2007	4	4	0
2008	11	4	0
2009	8	1	1

Herr Heimbeck beurteilt die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h zwischen der Einmündung Eggeweg und dem Ortseingangsschild „Brackwede“ für nicht angemessen. Er macht den Vorschlag, gemeinsam mit der Bezirksvertretung Brackwede über eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung zu sprechen.

Herr Kögler erinnert daran, dass der kürzlich tödlich verunglückte Motorradfahrer leider durch unangemessene Fahrweise den Unfall verursacht habe.

(Hinweis des Schriftführers:

Das Amt für Verkehr hatte ergänzend mitgeteilt: *Der Streckenabschnitt zwischen Eggeweg und Am Frölenberg wurde als Unfallpunkt in den Jahren 2002, 2006 und 2009 in der Unfallkommission behandelt. 2002 wurde aufgrund des Beschlusses der Unfallkommission die Geschwindigkeit zwischen Ortstafel Brackwede und Eggeweg auf 70 km/h festgesetzt. 2009 wurde die Erneuerung der Fahrbahnmarkierung beschlossen. Darüber hinaus wurde wegen des uneinheitlichen Unfallbildes (Alkohol, Unfall nach Splittarbeiten, Geschwindigkeitsüberschreitungen) keine weiteren Maßnahmen beschlossen. Die in der*

Unfallkommission behandelten Unfälle ereigneten sich überwiegend im Stadtbezirk Brackwede.)

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Aufstellen von Hundetoiletten in folgenden Grünanlagen: Sportpark, Botanischer Garten, Johannisfriedhof**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0163/2009-2014

Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2009:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, in den Grünanlagen „Sportpark, Botanischer Garten, Johannisfriedhof“, die bereits in Gadderbaum bewährten Hundetoiletten (Tütenspender und Mülleimer) aufzustellen.

Herr Kögler erklärt, dass die vor ca. zwei Jahren aufgestellten Tütenspender im Baugebiet Ellerbrocks Feld von den Hundebesitzern gut angenommen worden seien. Eventuell könnten die Tüten als Werbeträger dienen und damit für die Stadt Bielefeld kostenneutral sein.

Frau Pfaff und Herr Heimbeck unterstützen den Antrag, zumal die Akzeptanz der Beseitigungspflicht für die Hundebesitzer bei vorhandenem Tütenspender höher sei. Herr Heimbeck möchte wissen, ob es private Sponsoren gebe.

Herr Kögler erwidert, dass es nach seinem Kenntnisstand noch keine verbindlichen Zusagen gegenüber dem Umweltbetrieb gebe, er jedoch Beispiele aus anderen Städten kenne, wonach sich die Tierfutterhersteller an den Kosten beteiligten und im Gegenzug auf den Tüten Werbung anbrächten.

Herr Witte schlägt einen weiteren Appell an die Hundebesitzer bezüglich ihrer Halterpflichten über die Presse vor. Es gebe aber auch viele Hundebesitzer, die den Kot der Hunde beseitigten.

Herr Brunnert möchte wissen, ob zusätzliche Personalkosten anfallen würden.

Herr Kögler erklärt, dass nach seinen Beobachtungen die bislang aufgestellten Tütenspender im Rahmen der normalen turnusmäßigen gärtnerischen Arbeiten bestückt würden. Die Entsorgung erfolge über die üblichen aufgestellten öffentlichen Müllbehälter.

Herr Spilker vertritt die Auffassung, dass sich der Aufwand für die Stadt Bielefeld im Hinblick auf die desolate Haushaltslage in jedem Fall insgesamt kostenneutral gestalten müsse.

Auf Nachfrage von Herrn Weigert geht Herr Ellermann kurz auf die Kosten ein. Der Umweltbetrieb habe erklärt, dass die Aufstellung der Tütenspender ca. 250,- Euro koste, wobei mit laufenden Kosten in Höhe von ca. 140,- Euro für die Unterhaltung jährlich zu rechnen sei.

Abweichend vom ursprünglichen Beschlussvorschlag ergeht nach weiterer Diskussion, in der Herr Brunnert klarstellt, dass Hundesteuern keine zweckgebundenen Abgaben darstellen, folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, in den Grünanlagen „Sportpark, Botanischer Garten, Johannisfriedhof“, die bereits in Gadderbaum bewährten Hundetoiletten (Tütenspender und Mülleimer) aufzustellen. Es sind alle Möglichkeiten des Sponsorings auszuschöpfen.

-abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Grundstück für eine Skateranlage

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0166/2009-2014

Herr Kögler erläutert den Antrag, wie in der schriftlichen Begründung dargestellt. Es gehe darum, dass die Verwaltung geeignete Standorte für eine Skateranlage benennt, damit anschließend, auch mit Hilfe der Politik, Sponsoren gefunden werden können.

Frau Pfaff zweifelt das ehemalige Hallenbad-Gelände wegen der zu erwartenden Immissionen für die Wohnbebauung als geeigneten Standort an. Bei der Prüfung durch die Verwaltung müsse die Lautstärke unbedingt berücksichtigt werden, um eine dauerhafte Konfrontation mit Bewohnerinnen und Bewohnern zu vermeiden. Auch alternative Standorte sollten geprüft werden, wie das Gelände des Sportparks Gadderbaum.

Herr Weigert erklärt, dass mit diesem Antrag „Bewegung in die Sache“ kommen solle. Schließlich versuche man bereits seit Jahren, eine Skateranlage in Gadderbaum zu errichten. Er schließt sich der Meinung von Frau Pfaff an, dass auch alternative Standorte geprüft werden sollten und zeigt sich mit einer entsprechenden Änderung des Beschlussvorschlages einverstanden.

Herr Heimbeck gibt zu bedenken, dass ein Standort gefunden werden müsse, der von den Jugendlichen auch akzeptiert werde. Da die Finanzierung der Anlage nicht sichergestellt sei, würden eventuell durch diesen Antrag bei den Jugendlichen falsche Hoffnungen geweckt.

Herr Baum stellt klar, dass eine Skateranlage auf dem Bethelplatz nicht möglich sei, zumal diese nicht zum Nutzungskonzept passe. Außerdem sei der „Mittelpunkt“ Gadderbaums im Bereich von Marktkauf und Aldi zu suchen. Fraglich sei auch, ob die Grünflächen um Sportpark für einen Skateranlage geeignet seien, weil sich dort auch Erholungssuchende aufhalten würden. Wahrscheinlich seien das ehemalige Hallenbad-Grundstück sowie das Kleinspielfeld im Sportpark (Flutlicht vorhanden) die besten Standorte. Auch Herr Baum warnt davor, zum jetzigen Zeitpunkt zu hohe Erwartungen in der Öffentlichkeit zu wecken.

Herr Witte stellt klar, dass die Kosten sehr wahrscheinlich nicht aus dem städtischen Haushalt fließen würden. Die Standortfrage müsse sehr genau untersucht werden, damit es nicht zu einer Fehlinvestition komme. Er zeigt sich verwundert über die Diskussion in der Presse im Vorfeld der Sitzung.

Herr Brunnert ist zuversichtlich, dass die Nachfrage in Gadderbaum an einer Skateranlage durch ein entsprechendes Angebot geweckt werden würde. Mit der Suche nach Sponsoren könne man erst dann beginnen, wenn und sobald ein geeigneter Standort unter Berücksichtigung der Vorgaben zum Lärmschutz feststehe. Die Standortsuche sei also als Vorleistung zu erbringen. Die Verwaltung möge bitte die Frage beantworten, wie laut eine Skateranlage in einer Entfernung von 100 m sei. Die nächste Wohnbebauung vom ehemaligen Hallenbadgrundstück aus gesehen, liege ca. 100 m entfernt. In einem allg. Wohngebiet dürfe die Lärmbelastung 55 dBA betragen. Allerdings müssten auch das nahegelegene Berufsbildungswerk und die Schule berücksichtigt werden. Herr Brunnert schlägt vor, auch das Gelände um den Sportplatz Bolbrinker in die Standortprüfungen einzubeziehen.

Frau Bacso sieht wegen der Geräuschentwicklung große Vorteile, wenn der Lärm der Skateranlage aufgrund der geographischen Lage der Anlage innerhalb eines begrenzten Raums gebunden wird (Kessellage).

Frau Pfaff erklärt, dass Lautsprecherdurchsagen im Freibad bis zum Remterweg/Bethelweg hörbar seien. Sie stellt noch einmal klar, dass auch ihre Fraktion den Antrag so verstanden habe, dass es lediglich um eine Standortsuche und nicht um die Finanzierbarkeit mit Steuergeldern gehe.

Frau Wehmeyer befürwortet den Sportpark als Standort, weil sich dort sowieso viele Jugendliche an den Spielfeldern aufhielten.

Herr Lichtenberg plädiert dafür, auch zu berücksichtigen, wie sich die jugendlichen Skater im unmittelbaren Umfeld einer Skateranlage auf öffentlicher Verkehrsfläche verhalten würden. Gefahren seien zu vermeiden.

Abweichend vom Beschlussvorschlag ergeht nach einer weiteren Diskussion folgender veränderter

Beschluss:

Die Verwaltung möge bitte prüfen, in wieweit ein geeigneter Standort für die Errichtung einer Skateranlage in Gadderbaum gefunden

werden kann, insbesondere auf dem Grundstück des ehemaligen Hallenbades, des Sportparks Gadderbaum, im Umfeld des Sportplatzes „Bolbrinkersweg“ oder auf anderen adäquaten Grundstücken.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) für einen Teilbereich der Deckertstraße im beschleunigten Verfahren gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

- Stadtbezirk Gadderbaum -

Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

- 0061/2009-2014
- Aufstellungsbeschluss BV Gadderbaum 04.06.2009, UStA 16.06.2009, Drucks.-Nr. 7010

Herr Spilker hat Bedenken, ob die vorgesehene Breite des Fuß- und Radweges mit 2,5 m genüge.

Herr Brunnert plädiert dafür, die Fläche für die Schulhoferweiterung nicht durch eine Verbreiterung des ausreichenden Geh- und Radweges zu verringern.

Beschluss:

1. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) für einen Teilbereich der Deckertstraße wird mit der Begründung gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) als Entwurf beschlossen.
2. Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/1/12.01 (Schulhoferweiterung Martinschule) ist mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB als Entwurf für die Dauer eines Monats öffentlich auszuliegen. Ort und Dauer der Offenlegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB ist parallel zur Offenlegung durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

An- und Umbau des Umkleide- und WC-Gebäudes im Botanischen Garten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0093/2009-2014

Herr Otterbach, Immobilienservicebetrieb, erläutert das Bauvorhaben

mittels ergänzender Fotos und Plänen, auf Grundlage der Informationsvorlage. Das jetzige kleine Toilettenhaus bliebe erhalten und werde künftig als Lager genutzt. Mit der Baugenehmigung sei Mitte Januar zu rechnen, sodass das neue Umkleide- und WC-Gebäude nach Baubeginn im März 2010 voraussichtlich im Sommer betriebsbereit sein werde.

Herr Brunnert befürwortet die dargestellte Bauweise und möchte wissen, ob der Brunnen (Wasserzapfstelle) neben den Garagen und der Baum in unmittelbarer Nähe zum Neubau erhalten bleiben könnten.

Herr Otterbach erklärt, dass man den Nadelbaum erhalten wolle. Man hoffe, das Wurzelwerk nicht zu stark zurücknehmen zu müssen. Die Wasserzapfstelle solle bewahrt bleiben bzw. revitalisiert oder gar verschönert werden. Dazu gebe es noch kein konkretes Ergebnis.

Auf Nachfrage von Herrn Spilker stellt Herr Otterbach klar, dass die Erweiterung des Maschinenparks des Botanischen Gartens eine weitere Garage erfordere. Man habe sich aus optischen Gründen wieder für eine Fertiggarage entschieden, weil sich andere Formen nicht in die vorhandenen Garagenbauten eingefügt hätten. Diese werde mit Efeu berankt.

- Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Planungen des ISB zum An- und Umbau des Umkleide- und WC-Gebäudes im Botanischen Garten zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 8

Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksvertretung Gadderbaum in die erweiterten Schulkonferenzen

Frau Pfaff hält es für erforderlich, dass bei jeder Sitzung der erweiterten Schulkonferenz sowohl der Bezirksvorsteher/die Bezirksvorsteherin und gleichzeitig, also nicht abwechselnd, die stellv. Bezirksvorsteherin/der stellv. Bezirksvorsteher anwesend sind.

Frau Pfaff übernimmt den Vorsitz von 18:48 bis 18:50 Uhr.

Nachdem Herr Kögler wieder den Vorsitz übernommen hat, ergeht auf **Antrag** von Frau Pfaff folgender

Beschluss:

Im Falle, dass der Bezirksvorsteherin/ die Bezirksvorsteherin bzw. die stellv. Bezirksvorsteherin/der stellv. Bezirksvorsteher nicht stimmberechtigt ist, gehören sie aufgrund der Sicherstellung von Informationskontinuität auf jeden Fall zu den beratenden Mitgliedern.

- einstimmig beschlossen -

Herr Kögler stellt nach einer Diskussion fest, dass nun noch zwei beratende Vertreter/innen zu benennen seien mit den entsprechenden Stell-

vertreter/innen, als auch ein/e Vertreter/in, wenn der Bezirksvorsteher bzw. die stellv. Bezirksvorsteherin als beratendes Mitglied (vergl. oben angeführten Beschluss) nicht teilnehmen können.

Aus der Mitte der Bezirksvertretung werden Herr Witte, Herr Heimbeck und Frau Thiel-Youssef zur Wahl vorgeschlagen, welche ihre Bereitschaft zur Wahl erklären.

Da man sich zunächst nicht im Rahmen des Einigungsverfahrens auf eine Besetzung einigen kann, stellt Frau Schneider folgenden

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt ist bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

- bei einer Gegenstimme angenommen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Kinder- und Jugendforum 2010

Frau Pfaff und Frau Schneider plädieren dafür, ein Jugendforum mit der Realschule durchzuführen, sofern diese das wünscht.

Beschluss:

Im Jahre 2010 ist ein Kinder- und Jugendforum durchzuführen.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht vor.

-.-.-